

## Hintergrundpapier

Nr. 5 / April 2009

### Opportunismus und 'Kontinuumismus' - Der Präsident von Honduras missachtet die Verfassung und seine Liberale Partei

von Christian Lüth

*Im vergangenen Wahlkampf und in den ersten Regierungsjahren überzeugte der Staatspräsident von Honduras noch mit genuin liberalen Positionen. Nun, drei Jahre später und mitten im aktuellen Wahlkampf, versucht er mit venezolanischer Hilfe und einem linkspopulistischen Diskurs die Verfassung mittels eines fragwürdigen Plebiszits zu ändern, um seine Wiederwahl abzusichern.*

#### Man freute sich über einen Reformier

José Manuel (Mel) Zelaya Rosales trat sein Amt im Januar 2006 als großer Hoffnungsträger der Liberalen Partei von Honduras (PL) an, nachdem es ihm in einem äußerst knappen Kopf-an-Kopf-Rennen mit dem Gegenkandidaten der Nationalen Partei (PN) gelungen war, sich als Kandidat für den Wechsel zu präsentieren.

Sein Wahlprogramm glänzte voller guter Vorsätze und versprach einen genuin liberalen Regierungsstil, der Schwerpunkte wie Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Sicherung der demokratischen Regierungsfähigkeit und des Rechtsstaates, die Modernisierung des Regierungs- und Verwaltungsapparats und die Stärkung der demokratischen Bürgerbeteiligung beinhalten sollte.

Inhaltlich schienen der studierte Agraringenieur und sein Wahlprogramm zweifelsohne glaubhaft, zumal Zelaya über langjährige Erfahrungen im privaten und öffentlichen Sektor verfügte. Von 1987 bis 1994 war er führendes Mitglied in verschiedenen Unternehmerverbänden und Vorstandsmitglied einer Privatbank. Er gründete darüber hinaus mehrere Unternehmen und machte sich für die Partei als aktives Parteimitglied auf Departmentsebene und von 1985 – 1998 als Abgeordneter im Parlament verdient. Unter den Ex-Präsidenten Carlos Reina (1994 – 1998) und Carlos Roberto Flores (1998 – 2002) war er von 1994 bis 1999 Geschäftsführer des staatlichen Fonds für soziale Investitionen. Für seine effiziente Amtsführung bekam er die Auszeichnung als „Minister des Jahres“ und der von ihm geleitete Fonds wurde von der Weltbank als die sechsbeste Institution der öffentlichen Verwaltung weltweit gelobt. Ebenso bezeichnete die Weltbank ein

von ihm ins Leben gerufenes Förderungsprogramm für die indigene und schwarze Bevölkerungsminderheit („Unsere Wurzeln“) als das beste sozio-ökonomische Programm der Region.



*Zuversichtlich – Mel Zelaya beim  
Amtsantritt, Januar 2007*

Auch die Personalpolitik Zelayas, insbesondere die Besetzung seines ersten Kabinetts, ließ die Herzen und Erwartungen der internationalen Gemeinschaft, vor allem der Liberalen in aller Welt, aber auch der interessierten Beobachter im Land höher schlagen. So wurde die renommierte Finanzexpertin mit Weltbank-erfahrung, Gabriela Nuñez, zur Präsidentin der Zentralbank ernannt, Wirtschaftsminister wurde der bereits in der liberalen Vorgängerregierung bewährte Hugo Pino und Finanzministerin die urliberale Rebeca Santos. Darüber hinaus zeichnete sich sein Diskurs durch äußerst liberale Absichten aus: Er verteidigte die verschiedenen Freihandelsabkommen (TLC, CAFTA),

versprach, die Beziehungen zum „großen Bruder“ im Norden zu intensivieren und die Zusammenarbeit in der Bekämpfung der Drogenkriminalität mit Kolumbien zu verbessern. Seine ersten Amtreisen galten dann auch entsprechend Álvaro Uribe in Kolumbien und George W. Bush in den USA. Alles ließ darauf schließen, dass der neue Präsident ernsthaft versuchen würde, die gravierenden Probleme des Landes anzugehen.

### **Zweifelhafte Freunde – die Rückkehr zur Bananenrepublik**

Im folgenden Amtsjahr begannen sich die Beziehungen zu den USA aufgrund von verschiedenen Faktoren rapide zu verschlechtern. Die Zahl der „deportados“, der von den USA ausgewiesenen, sich illegal im Land aufhaltenden honduranischen Staatsbürger, stieg in den Jahren 2007-2008 massiv an. Dies stellte ein großes Problem für Honduras dar, dessen BIP stark von den „remesas“, den Geldsendungen von in den USA lebenden Honduranern, abhängt. Darüber hinaus haben ausgewiesene Honduraner kaum Zukunftschancen in ihrem Heimatland und nicht wenige junge Ausgewiesene schließen sich meist aus Not oder Ausweglosigkeit den berüchtigten „maras“, den Jugendbanden, an, um sich ihren Lebensunterhalt dort zu verdienen.

Eine erfolglose Fürsprache Mel Zelayas in den USA, die Voraussetzungen für die Abschiebungen zu erschweren und somit die Zahl der auszuweisenden Honduraner zu senken, wurde im Land als einer der ersten außenpolitischen Misserfolge wahrgenommen und erweckten den Eindruck, die USA interessierten sich nicht wirklich für die Probleme der Honduraner. Zelaya selbst empfand die unnachgiebige Haltung der USA in dieser für ihn wichtigen Sache als Provokation.

Seine Reaktion darauf war eine Serie von Gegenprovokationen, die die USA eines besseren belehren sollten, jedoch einzig und allein das Verhältnis zwischen den beiden Ländern weiter verschlechterte.

Als weitere Reaktion Zelayas auf die Haltung der USA ist die Ernennung eines persönlichen Vertrauten, dem die USA wegen seines angeblich kriminellen Hintergrundes die Einreise verweigert hatten, als Botschafter bei den Vereinten Nationen in New York zu werten. Die USA meldeten sofort Bedenken an und verweigerten ihm zunächst weiterhin die Einreise, sahen sich jedoch

aufgrund der neugewonnenen Immunität des zum Botschafter ernannten Einreisewilligen gezwungen, in dieser Sache zähneknirschend nachzugeben.

Als wenig später von der US-Gesundheitsbehörde ein Fall von Salmonellen in honduranischen Honigmelonen entdeckt wurde, war es nicht weiter verwunderlich, dass sofort ein umfassendes Importverbot von Obst aus Honduras angeordnet wurde, was Mel Zelaya veranlasste, sich eine Woche lang lachend beim Verzehr von heimischen Melonen im Büro filmen zu lassen.

Unter konstanter Kritik der USA stand Zelaya auch wegen seiner haarsträubenden Vetternwirtschaft. So setzte Zelaya seinen Freund Marcelo Chimirri an die Spitze der staatlichen Telefongesellschaft HONDUTEL. Chimirri bereicherte sich derart schamlos an dem in seine Obhut gegebenen Staatsunternehmen, dass Zelaya ihm nicht mehr anders zu helfen wusste, als ihn in letzter Sekunde vor der Strafverfolgung zu schützen, indem er ihm in seinem Präsidentenpalast Unterschlupf gewährte, bis seine Ausreise organisiert war. Zu Recht prangerte die internationale Gemeinschaft, allen voran die USA, das Verhalten Zelayas monatelang als rechtsstaatsfeindlich an und forderte eine schnelle Verurteilung der Schuldigen in diesem Korruptionsfall.

Diese und weitere unglückliche Handlungen des Präsidenten im Umgang mit den USA, die einzeln dem Betrachter vielleicht als Bagatellen erscheinen mögen, haben jedoch in ihrer Summierung deutlich zu einer anti-amerikanischen Stimmung in der honduranischen Regierung beigetragen und den Präsidenten massiv unter Erfolgsdruck gesetzt.

## Die Wende

Nach diesem Fehlstart in der Außenpolitik musste dringend ein Erfolg Zelayas her, zumal seine Umfragewerte in dieser Zeit dramatisch sanken. Als 2008 die Kriterien für den Abfluss verschiedener entwicklungspolitischer Gelder der Geberländer zur Armutsbekämpfung in Honduras neu verhandelt wurden und abermals Kritik an der Misswirtschaft innerhalb der hoch verschuldeten staatlichen Energiegesellschaft laut wurde, zeichnete sich eine erste politische Umorientierung Zelayas ab.

Honduras verwendet offen einen beträchtlichen Teil der finanziellen Entwicklungshilfe, die laut Vereinbarung mit den Geberländern zur Armutsbekämpfung im Land bestimmt ist, zur Schuldentilgung der staatlichen Energiegesellschaft (ENEE). Eine äußerst fragwürdige Praxis, die sicherlich nicht im Sinne der Entwicklungszusammenarbeit und Armutsbekämpfung sein dürfte, da dadurch kaum eine Senkung des Energiepreises an die Verbraucher erreicht wird, was gegebenenfalls als Rechtfertigung zur Armutsbekämpfung dienen könnte, sondern allein die Finanzierung der ENEE saniert wird, was in erster Linie den beteiligten Staatsfunktionären zugute kommt.

Als neues Vorbild außen- und innenpolitischer Erfolge diente Zelaya nun der venezolanische Staatspräsident Hugo Chávez. Dessen Popularitätsrate war durch Verstaatlichungen gestiegen, durch Geschenke an die Bevölkerung und einen offenen, populistischen Antiamerikanismus. Und Chávez warb schon seit einiger Zeit um Zelayas Gunst mit vordergründig lukrativen Staatsverträgen (Petrocaribe, ALBA) und anderen finanziellen Zusagen.

Es gelang Zelaya, seinem Volk und seiner Partei die Vorteile der verschiedenen Abkommen mit Venezuela schmackhaft zu machen und deren Abschluss als außen- und innenpolitischen Erfolg zum Wohl seines notleidenden Volkes zu verkaufen. Mit konkreter innenpolitischer Wirkung: der Benzinpreis wurde zum erstenmal seit Jahren deutlich gesenkt (dank der vergünstigten Öllieferungen aus Venezuela im Rahmen des Petrocaribe-Abkommens an Honduras im Januar 2008) und erste venezolanische Traktoren rollten auf den Feldern honduranischer Landwirte, die vorher nur über einen oxsenbetriebenen Pflug verfügt hatten (möglich dank der solidarischen Bruderschaft aus Venezuela im Rahmen des Beitritts zum ALBA-Staatenbundes, Aug. 2008).

Hierbei war besonders angenehm für die honduranische Regierung, dass die Finanzspritzen aus Venezuela im Gegensatz zur Entwicklungs- und Finanzhilfe der EU und den USA an keine vertraglichen Bedingungen gebunden sind, weil sie aus reinster bolivarianischer Solidarität für das Wohl des honduranischen Brudervolkes fließen.



*Zelaya unter Freunden – ALBA-Treffen im November 2008*

Schlagartig änderte sich auch der vormals liberale Diskurs von Mel Zelaya. Unter ständiger Beratung seiner Parteichefin, Patricia Rodas, bezeichnete er sich nun als „... Mitte-Links-Präsident, der – wenn Sie wollen – auch ganz links steht!“ (Rede Zelayas anlässlich des Beitritts zum ALBA-Staatenbündnis, August 2008).

Patricia Rodas mutierte zur engsten Vertrauten des Präsidenten, der seinen nun unliebsam gewordenen Berater, den Präsidialminister und liberalen Unternehmer Yani Rosenthal, kurzerhand entließ.

Auch die Präsidentin der Zentralbank, Gabriela Nuñez, die sich weigerte, zweifelhafte Finanzmittel

aus Venezuela über ihr Haus abzuwickeln, wurde ohne Zögern durch einen gefügigeren Kandidaten in ihrem Amt ersetzt.

Rodas, die sich bisher als PL-Chefin durch extrem linkspopulistische Äußerungen hervorgetan hatte und in der Vergangenheit ein Ein-Parteien-System nach kommunistischem Vorbild für Honduras lautstark propagierte, konnte der eingeschlagene Kurs ihres Präsidenten nicht weit genug nach links gehen. Sie organisierte so viele Staatsbesuche mit Vertretern Kubas, Nicaraguas und Venezuelas wie nur irgend möglich, um den Präsidenten in die richtige Gesellschaft zu bringen, was ihr Ende 2008 den Posten des Außenministers einbrachte.



*Zelaya zu Besuch bei Raul und Fidel Castro, Ende 2008*

## Gleiches Muster zur Machterhaltung wie in Venezuela, Nicaragua und Bolivien

Die Liberale Partei (PL) ist spätestens seit dem Linkskurs ihres Staatspräsidenten tief gespalten. Nicht nur, dass die ständigen Attacken des Präsidenten gegen den Rechtsstaat und seine Institutionen eine schwere institutionelle Krise und einen Dauerstreit mit dem Parlamentspräsidenten und einflussreichen PL-Mitglied, Roberto Micheletti, hervorgerufen haben. Vor allem der Beitritt zum linken ALBA-Bündnis, das Zelaya nur durch massiven Druck auf die Abgeordneten seiner Partei durchsetzen konnte, wurde ihm von seinen Parteimitgliedern nicht so leicht verziehen. Als er dann seine Vertraute Patricia Rodas als Präsidentschaftskandidatin der Liberalen Partei für die parteiinternen Vorwahlen vorschlagen wollte, war das Maß voll: die Partei verweigerte ihm die Gefolgschaft und stellte zwei eigene Kandidaten für die Vorwahlen im November 2008 auf, von denen sich der liberale Unternehmer Elvin Santos mit überwältigender Mehrheit durchsetzen konnte. Patricia Rodas hatte keine Chance auf eine Kandidatur, musste folgerichtig nach den Vorwahlen ihren Posten als Parteichefin räumen und wurde anstelle dessen von Zelaya zur Außenministerin ernannt.

Doch ein Mel Zelaya gibt sich nicht so leicht geschlagen. Sich wiederum an seinem neuen Vorbild in Venezuela orientierend, strebt er seine Wiederwahl nun mittels einer Verfassungsänderung an.



*Geschlossen gegen Zelaya Santos und Micheletti einig, März 2009*

Die honduranische Verfassung legt fest, dass Staatspräsidenten in Honduras nicht wiedergewählt werden dürfen. Um Grundartikel der honduranischen Verfassung ändern zu können, bedarf es einer  $\frac{3}{4}$ -Mehrheit im Parlament, über die Zelaya in keinem Fall verfügt. Deshalb strebt er eine Volksbefragung an, in der er weit mehr Chancen sieht, sein Anliegen durchzusetzen. Allerdings ist ein Plebiszit in der Verfassung gar nicht als Mittel zu ihrer Änderung vorgesehen, was für einen weiteren Streit zwischen Legislative und Exekutive sorgen wird.

Der neue Präsidentschaftskandidat der Liberalen Partei, Elvin Santos, und der designierte Parteichef und aktuelle Parlamentspräsident, Roberto Micheletti, sehen die Gefahr, die von einer möglichen Wiederwahl Mel Zelayas für Honduras ausgeht und haben bereits eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, in der sie sein Vorhaben als illegalen „Kontinuumismus“ und feindlichen Akt gegen die Verfassung werten. Auch die Opposition (PN) schloss sich dieser Erklärung an.

Anstatt seine Partei zu einen und sie mit dem Präsidentenbonus gestärkt in den anstehenden Wahlkampf gegen die Opposition zu führen, versucht Zelaya nun, den Kandidaten Santos und den zukünftigen Parteichef Micheletti gegeneinander auszuspielen, um als Retter der Liberalen Partei, als besserer Präsidentschaftskandidat und durch ein Plebiszit gestärkt noch einmal selbst antreten zu können. Hierzu zweifelt er nun intern die Rechtmäßigkeit der Vorwahl des aktuellen Präsidentschaftskandidaten seiner eigenen Partei an. Zu Unrecht: Als aktueller Vizepräsident von Honduras hätte Elvin Santos laut Verfassung aus seinem Amt heraus zwar eigentlich nicht als Präsidentschaftskandidat bei den Vorwahlen antreten dürfen, erhielt aber in letzter Minute hierzu die Sondererlaubnis des Verfassungsgerichts.

Die Volksbefragung („cuarta urna“) ist bereits in Vorbereitung, wird mit Sicherheit durchgeführt und im Zweifel sogar zugunsten Mel Zelayas entschieden werden. Ob sie jedoch die von ihm erhoffte Anerkennung und Legitimität erfährt, ist mehr als fraglich und hängt maßgeblich vom Parlament und vom Verfassungsgericht ab. Denn nur wenn das Verfassungsgericht die Rechtmäßigkeit einer solchen Volksbefragung zur Verfassungsänderung feststellt und ihr zustimmt, könnte Zelayas Bestreben von Erfolg gekrönt sein.

Trotzdem blieben selbst in diesem ungewöhnlichen Fall noch viele verfassungsrechtliche Fragen offen: Was geschieht mit dem aktuell rechtmäßig gewählten Präsidentschaftskandidaten? Zu welchem Zeitpunkt dürfte Zelaya wieder antreten? Welches Mitspracherecht hätte in diesem noch nie dagewesenen Fall das Parlament?

Dieses ist in letzter Sekunde schon einmal vor Zelaya eingeknickt: Trotz monatelanger öffentlicher Ablehnung der Abgeordneten zum Beitritt zu ALBA, wurde das Abkommen doch noch mit einer hauchdünnen Mehrheit ratifiziert.

#### **Impressum**

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit  
Bereich Internationale Politik  
Referat Politikberatung und  
Internationale Politikanalyse  
Karl-Marx-Straße 2  
D-14482 Potsdam

Aktuelle Informationen zur Projektarbeit der Stiftung für die Freiheit in Zentralamerika finden Sie unter [www.la.fnst-freiheit.org](http://www.la.fnst-freiheit.org)